

Der Umgang der BRD mit Widerstandskämpfern und heutigen Antifaschisten - am Beispiel einer Familie.

Silvia Gingold, Kassel | Ich möchte am Beispiel meiner Familiengeschichte berichten, was Verfolgte und Widerstandskämpfer gegen das Naziregime im Nachkriegsdeutschland erleben mussten und was die in ihrer Tradition stehenden Nachkommen bis heute erleben müssen. Ich beginne mit der aktuellen Auseinandersetzung, die ich seit 2012 mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen führe.



Vor 3 Jahren fragte ich beim Landesamt für Verfassungsschutz Hessen an, welche Daten dort über mich gespeichert sind. Ich bekam die Auskunft, dass ich seit dem Jahr 2009 im Bereich „Linksextremismus“ gespeichert sei, etwaige zeitlich früher entstandene Daten nicht vorhanden seien.

Es wurde angeführt, dass ich auf einer von der Anti-Nazi-Koordination organisierten Demonstration in Frankfurt/M eine Rede zum Thema „40 Jahre Berufsverbote in der BRD“ gehalten, außerdem mit einem „Funktionär der VVN“ während einer Lesereise durch Bayern aus den Erinnerungen meines Vaters Peter Gingold gelesen habe.

Meiner Forderung nach vollständiger Auskunftserteilung, könne man nicht entsprechen, so der VS:

„Im konkreten Fall hat eine weitergehende Begründung zu unterbleiben, da die Mitteilung Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand in dem Beobachtungsfeld insgesamt ermöglichen würde. Bei Offenlegung der Daten wäre zu befürchten, dass die weitere Beobachtung erheblich erschwert, in Teilbereichen sogar unmöglich gemacht würde, weil sich die Betroffenen auf die Arbeitsweise, insbesondere die Art und Weise nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz einstellen dürfen.“

Nachdem ich Widerspruch und Klage gegen den Hessischen Verfas-

sungsschutz erhoben habe, wies dieser die Klage mit der Begründung zurück, dass

„...die Klägerin offen mit linksextremistischen Kräften zusammen arbeitet... die ein kommunistisch orientiertes Antifaschismusverständnis vertreten“ „Die ‚Antifaschismus-Arbeit‘ gehört seit jeher zu den Kernaktivitäten von Linksextremisten. Die Aktivitäten richten sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechts-extremistischer Bestrebungen. Ziel ist vielmehr der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als ‚kapitalistisches System‘, um die angeblich diesem Gesellschaftssystem immanenten Wurzeln des ‚Faschismus‘ zu beseitigen.“

Mir wird in dem Papier vorgeworfen, in einer Rede anlässlich des Berufsverbots von Michael Csaszkozy anhand meiner eigenen Familiengeschichte eine Kontinuität zwischen der Gesinnungsverfolgung während der Nazizeit und der Bundesrepublik festgestellt zu haben. Ich hätte in dieser Rede davon gesprochen, dass höchste Institutionen im Nachkriegsdeutschland mit Kräften besetzt wurden, die schon den Nazis gedient und den faschistischen Terror mitgetragen hatten. Außerdem hätte ich in einer anderen Rede behauptet, dass staatliche Organe wie der Verfassungsschutz augenscheinlich überfordert sind, Naziterror zu verhindern.

Damit begründet und rechtfertigt der VS meine Einordnung und Beobachtung im Bereich „Linksextremismus“.

Dabei entspricht es den Tatsachen und ist mittlerweile in der Öffentlichkeit längst als allgemein bekannt, dass dieses Amt über ein Jahrzehnt offensichtlich nicht fähig – oder besser gesagt – nicht willens war, die kriminellen und mörderischen Aktivitäten von NSU und Neonazis zu erkennen, zu verfolgen und zu verhindern. Eine Aufklärung wurde und wird vernebelt, verfälscht, behindert, es werden Zeugen und Dokumente, Beweise beseitigt, um Verbindungs-

leute, die tief in diese Mordserie verwickelt sind, zu schützen und deren Aufdeckung zu verhindern.

Verfassungsschutz – von Nazis aufgebaut

Keinen Aufwand scheut man hingegen, Nazigegner zu observieren, ihre Handydaten millionenfach zu speichern, sie zu kriminalisieren und Strafverfolgungen auszusetzen, wie dies in z.B. in Dresden geschehen ist.

Das ist kaum verwunderlich, bedenkt man, dass dieser Verfassungsschutz maßgeblich aufgebaut wurde von früheren Mitarbeitern der NS-Geheimdienste, die bis in die 70er Jahre in führenden Positionen des VS tätig waren. Dieses Amt machte sich von Anfang an die Erfahrungen von früheren Mitarbeitern von SS, Gestapo und NS-Geheimdiensten zu eigen.

Es gab hochrangige Mitarbeiter die in den ersten Jahren unter falschem Namen im Bundesamt für Verfassungsschutz arbeiteten, weil sie fürchteten, wegen Kriegsverbrechen verfolgt zu werden. Kurt Klaus Lischka, ehemaliger SS-Obersturmbannführer, für die Deportation von 76.000 Juden aus Frankreich in die Konzentrationslager verantwortlich,

Silvia Gingold

Tochter der Widerstandskämpfer Ettie und Peter Gingold.

- 1975 wegen Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot
- 1976 unter starkem öffentlichen Druck wieder eingestellt
- heute im Kasseler Friedensforum und in der VVN-BdA aktiv.